Der „Saskatchewan Courier"
ist die größte deutsche Zeitung der Provinz und wird in allen deutschen Ansiedlungen gelesen. Erscheint jeden Mittwoch und kostet bei Vorausbezahlung $1.00 pro Jahr. Bestellungen werden zu jeder Zeit angenommen. Man adressiere: „Sask. Courier Publ. Co.", Drawer 505, Regina, Sask., oder spreche in der Office vor. Anzeigen-Raten werden auf Verlangen mitgeteilt.

1819 Scarth-Str., Zimmer 104

Saskatchewan Courier

Organ der Deutschen Saskatchewans.

THE "SASKATCHEWAN COURIER"
is the largest German newspaper published in Saskatchewan. It is by far the best medium to reach the many prosperous Germans in city and country. Advertising rates on application. Published every Wednesday at Regina, Sask.
Subscription price $1.00 in advance.
P. O. Drawer 505. - - - - - - Telephone 677.

1819 Scarth Str. Room 104

5. Jahrgang — Regina, Saskatchewan, Mittwoch, 14. Februar, 1912. — No. 16.

Vom Provinzial-Parlament

Die Debatte über die Reziprozitäts-Resolution.

Die Verhandlungen der vergangenen Woche wurden zum bei weiten größten Teil durch die Besprechung der vom Abgeordneten für Cannington, Herrn J. D. Stewart, eingebrachte Resolution über die Stellungnahme des Hauses zum Reziprozitäts-Vertrage ausgefüllt. Die von dem Mitglied für Cannington eingebrachte Resolution hatte folgenden Wortlaut:

„Insofern als, am 8. März 1911, „die Gesetzgebende Versammlung von „Saskatchewan, bewogen durch die „Erkenntnis der zweifellosen Vorteile, welche das Volk dieser Provinz „durch die Annahme des derzeit dem „Dominion-Parlament vorgelegenen „Gegenseitigen Handels-Abkommens „zwischen Canada und den Vereinigten Staaten erlangen würde, einstimmig eine Resolution annahm, „welche dem besagten Handelsabkommen zustimmte;

„Und insofern als die vorgenannte „Resolution dem Volke Canada's als „eine offizielle Auslassung dieser Versammlung über eine Angelegenheit „von höchster Wichtigkeit für das „Volk von Saskatchewan, welche nach „reiflichem Bedenken und Beratung „erreicht worden, veröffentlicht wurde;

„Und insofern als, später während „der Dominion-Wahl-Kampagne, „welche am 21. September 1911 endete, mehrere Mitglieder dieser Versammlung, ungeachtet der vorgenannten einstimmigen Resolution, „welche sie alle durch ihre Stimme „und einige von ihnen durch ihre Reden in dieser Versammlung unterstützt hatten, das gesagte Gegenseitige Handels-Abkommen vor der „Wählerschaft der Provinz verdammten und regen Anteil an seiner Ablehnung nahmen;

„Und insofern als die Zustände, „welche den Verkauf, die Lagerung „und den Transport der während des „Jahres 1911 eingeheimsten Getreide-Ernte von Saskatchewan umgezeigt haben, klarer als je die Nachteile gezeigt haben, unter denen die Produzenten von Saskatchewan arbeiten, „und es aus diesem Grunde wichtig „erscheint, daß diese Versammlung „ihre Zustimmung zu der im vorgenannten Gegenseitigen Handels-Abkommen verkörperten Politik nochmals zum Ausdruck bringe;

„Daher sei beschlossen, daß dieses „Haus die von der gesagten mehreren „Mitgliedern dieser Versammlung „während der kürzlichen Dominion-„Wahl-Kampagne, wie vorerwähnt, „befolgte Handlungsweise bedauert;

„Und es sei ferner beschlossen, daß „dieses Haus seine Zustimmung zu „der in vorgenanntem geplanten Gegenseitigen Handels-Abkommen zwischen Canada und den Vereinigten „Staaten verkörperten Politik nochmals zum Ausdruck bringe und der „Ansicht ist, daß fortgefahren werden „solle, alle Anstrengungen zu machen, „um dem Volke von Saskatchewan die „Vorteile, welche in den Handels-Abmachungen enthalten sind, zu „sichern."

Es war vorauszusehen, daß die unzweideutige, scharfe Kritik der Handlungsweise der Herren Haultain und Genossen die Opposition zu einem offenen Bekenntnis der Gründe, welche sie zu ihrer Schwenkung und zu der schmachvollen Preisgabe ihrer vordem, so empathisch und einstimmig zum Ausdruck gebrachten Stellungnahme geleitet hatten, bewegen würde, und daß sie das bisher von ihnen mit so viel Geschick fortgesetzte Versteckspielen würden aufgeben müssen. Diese Voraussetzung aber ist nur in recht geringem Maße in Erfüllung gegangen. Denn die meisten Redner auf der Oppositionsseite beschränkten sich darauf, das Recht der Versammlung, an der Handlungsweise der Minorität Kritik zu üben, zu verneinen und die ganze Frage als eine außerhalb der Gerichtsbarkeit der Versammlung liegende oder, wie Einige den Glauben zu erwecken versuchten, tote Frage zu kennzeichnen. Die geharnischten und scharfen Aeßerungen dieser ausweichenden Taktik seitens der Abgeordneten auf der Regierungsseite, und die von einigen derselben vorgebrachten Beweise durch Vergleiche mit früheren Beschlüssen dieser Versammlung, die teils unter der Leitung des jetzigen Oppositionsführers, teils mit dessen und seiner Anhänger Unterstützung durchgeführt worden waren, trieben jedoch die sich kläglich windenden Konservativen so gründlich in die Enge, daß ihr so mühsam aufgebautes Kartenhaus vor dem Ansturm der schlagenden Beweisgründe kläglich zusammenbrach.

Die meisten der konservativen Redner boten dann auch unter diesen Umständen ein äußerst klägliches Schauspiel mit ihrem Winden und Drehen, mit dem sie den Keulenschlägen ihrer Angreifer zu entgehen suchten, und die wenig erfreuliche Lage, in der sie und ihre Parteigenossen sich befanden, kam auch in dem ganzen Gebahren der Herren auf den Oppositionsbänken deutlich zum Ausdruck. Herr Haultain, der Führer der Opposition, beteiligte sich erst am letzten Tage an der Debatte und suchte vergeblich in einer zwei-und-einhalb stündigen Rede den üblen Eindruck, den die Auslassungen seiner Jünger hinterlassen hatten, zu verwischen. Auch seine sonst so bestrickende Beredtsamkeit konnte die klägliche Niederlage nicht abwenden, umsoweniger, als er anscheinend sich dem Bann des über ihm hängenden Verhängnisses nicht entziehen konnte und sein gewohntes Feuer durchaus vermissen ließ. Er stand, ebenso wie seine Kampfgenossen, in seiner ganzen, wenig beneidenswerten Blöße vor den Augen der Hörer.

Eine rühmliche Ausnahme von dieser Schar von Winselern und Weinern bot der Vertreter für Kinistino, Herr Johnston, der in wenigen, männlichen Worten seinen früher zu Gunsten des Reziprozitäts-Abkommens eingenommenen Standpunkt nochmals bestätigte.

Stewart bringt die Resolution ein.

„Indem ich vor Sie trete, um diese Resolution einzubringen, welche ich am Freitag angekündigt hatte," sagte Herr Stewart, „tue ich dies in der Ueberzeugung, daß dieselbe die Ansicht der bei weitem größten Mehrheit der Bewohner von Saskatchewan ausdrückt." Herr Stewart verlas dann die geschichtlich gewordene Reziprozitäts-Resolution von vorigem Jahre, die einstimmig angenommen worden. Seitdem das Haus letztes Frühjahr vertagt worden, sei eine bedeutende Veränderung mit einigen Mitgliedern der anderen Seite vor sich gegangen. Er bestreite Niemandem das Recht, seine Meinung zu ändern, wenn er triftige Gründe für eine solche Handlungsweise anführen könne. Aber die Opposition und ihr Führer haben sich für ihre Handlungsweise vor dem Forum der öffentlichen Meinung zu verantworten.

Als Herr Haultain seine veränderte Stellungnahme auf der Wählerversammlung in Francis kundgegeben, habe er offen zugestanden, daß er glaube, der Pakt werde von neunzig Prozent der Wählerschaft von Saskatchewan unterstützt. Die Regierung habe im vergangenen Jahre geglaubt, daß die Einführung des Gegenseitigen Handels-Abkommens zwischen Canada und unseren südlichen Nachbarn zum Segen für Canada und Saskatchewan ausfallen würde, und sie habe keinen Grund, ihre Ansicht diesbezüglich zu ändern.

Es obliege den Herren auf der anderen Seite des Hauses, einen guten und triftigen Grund anzugeben für die Aenderung ihres einstimmigen Standpunktes vom letzten Jahre. Der Redner führte nochmals die Gründe an, weshalb das Abkommen für Canada, und besonders für den Westen von Vorteil sei. Er sei noch heute derselben Ansicht wie voriges Jahr; die Farmer in Canada seien auch noch derselben Meinung. Selbst im Osten, in einer Versammlung der Dominion Grange in Toronto, die nach den Wahlen abgehalten wurde, sei betont worden, daß Reziprozität nicht tot sei. Dies sei eine Frage, die in erster Linie die Farmer angehe, und sicherlich seien die Farmer die besten Richter, um zu beurteilen, was für sie gut sei.

Der Pakt sei dem Einfluß der östlichen Interessen-Gruppen zum Opfer gefallen, zum Nachteil der großen Masse des Volkes, und zwar unter der Vorspiegelung, daß dessen Annahme schwere Gefahren für den Bestand der Canadischen Nation nach sich zöge. Diese Furcht habe im Westen keinerlei Begründung, und die Bedürfnisse unserer westlichen Farmer bezüglich eines weiteren Absatzgebietes seien heute erheblich dringender als im September. Er glaube, das Haus werde nur recht handeln, wenn es die Resolution annehme.

Dr. McNeill unterstützt die Resolution.

In einer äußerst geschickten Rede unterstützte der Abgeordnete für Hanley, Dr. McNeill, die Resolution, indem er den von Herrn Haultain im März vorigen Jahres eingenommenen Standpunkt, in welchem er sich dagegen verwahrte, von den Gamaliels im Osten sich über seine Vaterlandstreue und seine Stellung zu der für den Westen so wichtigen Frage belehren zu lassen, mit seiner später in der Wahlkampagne gezeigten Haltung verglich und die schmähliche Kapitulation des Oppositionsführers vor den Wünschen der östlichen Interessen auf's schärfste geißelte. Die Herren auf der anderen Seite haben, mit wenigen Ausnahmen, Saskatchewan an die Philister des Ostens verraten, die ihr Möglichstes tun und getan haben, die Farmer des Westens in die Hände der großen Fabrikanten und Geldleute auszuliefern. Der Leiter der Opposition habe sein Knie vor dem Götzen Baal gebeugt, und er bedaure ihn. Er sei sonst, wenn sich selbst überlassen, ein Mann von gradem Sinn; doch habe er sich schwach genug gezeigt, sich von den Meistern in Ottawa in Reih und Glied peitschen zu lassen und dadurch das kläglichste Schauspiel politischen Wankelmuts gezeigt, das Canada je gesehen habe.

Herr Tate versucht sich zu rechtfertigen.

Herr Tate, der Vertreter für Regina-Land, war der erste Redner auf Seiten der Opposition. Er machte einen kläglich mißlungenen Versuch, die Resolution als einen ungeeigneten und außerhalb des Rahmens des Hauses fallenden Schritt hinzustellen. Er selbst stehe noch auf demselben Punkt wie im letzten März, aber er meine, es sei nicht der Würde des Hauses entsprechend, Mitglieder wegen ihrer geänderten Ansicht zu kritisieren. Würde mit diesem Schritte den Interessen des Volkes von Saskatchewan geholfen, so würde er mit Freuden seine Hand dazu reichen; da es aber nach seiner Meinung nur auf eine Kritik einiger Oppositions-Mitglieder abgesehen sei, könne er es nicht mit der Würde des Hauses für vereinbar halten, und müsse seine Unterstützung der Resolution versagen.

Verbleibt bei seinem Standpunkt.

Nachdem Herr Sheppard (Moose Jaw Land) den lauen Standpunkt des Vorredners kritisiert und auf dessen zweideutige Stellungnahme während der Wahlzeit, durch Unterstützung des gegen den offiziellen Reziprozitäts-Kandidaten aufgestellten sogenannten Farmerskandidaten, hingewiesen und auf die dringende Notwendigkeit aufmerksam gemacht hatte, für unsere Produkte ein naheliegendes, zugängliches Absatzgebiet zu finden, erhob sich der Vertreter für Kinistino, Herr Johnston, um in wenigen klaren Worten seiner unveränderten Anhänglichkeit an die Idee der Reziprozität Ausdruck zu verleihen: „Ich beabsichtigt nicht," sagte er, „Reziprozität nach einer oder der anderen Seite hin zu besprechen. Ich stehe heute auf genau demselben Punkt, wo ich am vorigen 8. März gestanden. Ich bin der Meinung, die Farmer dieser Provinz sollten das Recht haben, ihr Getreide zu verkaufen, wo sie den besten Preis dafür bekommen können, sei es im Osten, Westen, Norden oder Süden. Mein Vorwurf gegen die Reziprozitätsvorlage war, daß sie nicht weit genug ging. Sie hätte fabrizierte Waren eingeschlossen haben. Ich sehe aber kaum, wie ich die vorliegende Resolution unterstützen kann, mit Rücksicht auf die Abfassung derselben. Ich habe genau, wie ich erklärte, gehandelt, und das ist Alles, was ich zu sagen habe."

Bradshaw's Unverfrorenheit.

Einer der weiteren Oppositionsredner, J. E. Bradshaw (Prince Albert) brachte eine kleine Ueberraschung durch die unverfrorene Offenherzigkeit, mit der er erklärte, er habe seinerzeit im März für die damalige Resolution gestimmt, obgleich er schon damals nicht damit einverstanden gewesen; im übrigen halte er die Frage für tot und begraben.

Hon. Mr. Motherwell's Herausforderung.

Der Ackerbau-Minister, welcher darauf unter großem Beifall das Wort ergriff, ließ die Prinzipien der angestrebten Tarif-Ermäßigung in großen Zügen Revue passieren und deutete an, daß die Entscheidung vom 21. September nicht eine Beendigung dieser Bewegung bedeute, sondern nur das Resultat einer Ueberrumpelung gewesen, die der Lebensfähigkeit dieser ökonomischen Frage keinen Abbruch getan habe. Es sei von der Opposition angedeutet, daß diese Debatte nur heraufbeschworen worden aus politischen Gründen und um die wahren Streitpunkte zu bemänteln. „Was klagt man uns denn an, zu bemänteln?" fragte der Minister. „Laßt sie nur mit einer Anklage über Mißwirtschaft kommen. Laßt sie doch zeigen, daß wir diese Frage für einen anderen Zweck aufgerollt haben, als im Interesse des Volkes. Wir haben diese Frage vorgebracht, weil wir sie für recht halten. Und, von der Richtigkeit derselben überzeugt, werden wir auf unserem Posten verharren." Der Minister deutete dann auf die Vorteile hin, welche ein erweiterter Markt schon jetzt bringen würde; und wie, wenn unsere Provinz ihre Produktion weiter vergrößere wie bisher, ein solcher Markt unbedingt gefunden werden müsse. Großbritannien habe Freihandel mit allen Nationen ohne Einbuße für seine Nationalität oder Schwächung der Reichs-Zusammengehörigkeit. Die Regierung unterwerfe sich ganz dem Urteil, welches die Wähler der Provinz, entsprechend ihres Verhaltens, über sie verhängen werden.

Herr Haultain's Verteidigung.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen ergriff auch endlich Herr Haultain das Wort zu einer langen Rede, in welcher er seine Hörer mit der großartigen Eröffnung überraschte, daß er seine Ansicht geändert habe. Er erzählte, daß er die Frage monatelang eifrig studiert und erwogen habe, und dadurch zu jener monumentalen Schwenkung veranlaßt worden, ohne äußeren Einfluß von irgend welcher Seite, ganz aus freier Hand. — Die Gründe, welche ihn zu diesem Meinungswechsel veranlaßt hatten, blieb Herr Haultain seinen Zuhörern schuldig. Dagegen stellte er sich als das arme, verfolgte Opfer liberaler Angriffe dar, das die Regierung zum Märtyrer seiner politischen Ueberzeugung zu machen suche. Die Resolution sei ein Fall, für den in der parlamentarischen Geschichte kein Beispiel zu finden sei, und die Frage der Reziprozität, obgleich er diese als eine lebende Prinzipienfrage anerkennen müsse, läge ganz außerhalb des Bereiches des Provinz-Parlaments.

Hon. Turgeon, der Attorney-General, führte in längerer, glänzender Rede die Haltlosigkeit der vom Leiter der Opposition aufgestellten Behauptungen vor Augen. Er brachte eine Fülle von Beispielen, aus welchen klar hervorgeht, daß ähnliche Kritik parlamentarisch gebräuchlich sei, und daß Gegenstände, über welche das Provinzial-Parlament als solche keine Jurisdiktion habe, häufig zum Gegenstand von Resolutionen gemacht worden seien. In unwiderleglicher Klarheit zergliederte darauf der Attorney-General den Stand, welchen die Redner der Opposition, und namentlich ihr Führer, in der Debatte genommen und führte an der Hand zahlreiche Zitate aus ihren Reden den klaren Beweis für die Haltlosigkeit ihrer Behauptungen und die Unverantwortlichkeit ihrer veränderten Stellung. Wir müssen es uns leider, wegen Mangel an Raum, versagen, diese Meisterleistung unseres jungen Justizministers wiederzugeben. Die Wirkung derselben auf das Haus sowohl wie auf die gefüllten Tribünen war eine überwältigende.

Hon. J. A. Calder's Schlußworte.

Zum Schluß der Debatte setzte Hon. Calder, als stellvertretender Leiter der Regierung, in einer kurzen, aber äußerst kräftigen Rede nochmals den Standpunkt der Regierung in dieser Frage dar, die für die Bevölkerung Saskatchewans, als einer fast ausschließlich auf der Landwirtschaft aufgebauten Gemeinschaft, dauernd eine brennende Lebensfrage sei. Die Absicht der Regierung sei weniger eine Kritik der Gegner des Handels-Abkommens als die, derselben Gelegenheit zu geben, ihren Standpunkt zu rechtfertigen. Die Kritik könne den Wählern überlassen werden. Er schlage daher vor, die eine Kritik enthaltenden Paragraphen der Resolution fallen zu lassen. Auf Antrag der Herren Scott (Arm River) und Robertson wurde dann die so veränderte Resolution zur Abstimmung gebracht und mit 27 gegen 12 Stimmen angenommen. Für die Resolution in ihrer veränderten Form stimmten mit den sämtlichen Abgeordneten auf der Regierungsseite auch die Konservativen Johnston und Tate.

An unsere werten Leser!

Wir danken allen unseren werten Lesern, die ihr Abonnement bereits erneuert haben, für die freundliche und prompte Einsendung ihrer Abonnementsgelder. Sehr viele unserer Leser sind ihren Verpflichtungen unaufgefordert und pünktlich nachgekommen, manche jedoch haben es unterlassen, ihr Abonnement zu erneuern.

Der „Courier" hat es sich zur Aufgabe gestellt, die Zeitung immer noch mehr zu verbessern und durch Anschaffung neuer Maschinen zu vergrößern. Wir möchten und müssen auch unseren Verpflichtungen und Verbindlichkeiten nachkommen und brauchen daher, wie jedes andere Geschäft, sehr notwendig Geld.

Deshalb richten wir an unsere Leser die herzliche Bitte, uns bei unserem Unternehmen freundlichst unterstützen zu wollen, indem sie uns ihre rückständigen Abonnementsgelder innerhalb der nächsten Wochen, entweder in sog. Postal Notes, Money oder Expreß Orders oder in registriertem Brief einsenden. Für jeden einzelnen Leser macht der eine Dollar nicht viel aus, für uns bedeuten viele Dollars jedoch eine große Summe.

Quittungen werden wir, um Kosten und Arbeit zu sparen, nur in Einzelfällen noch aussenden. Das Datum und die Jahreszahl auf dem gelben Zettelchen auf jeder Zeitung zeigt an, bis wann dieselbe bezahlt ist. Wenn der Zettel innerhalb zwei Wochen nach Zahlung des Betrages nicht geändert ist, so wolle man uns sofort davon zwecks Richtigstellung benachrichtigen.

Empfiehlt auch den „Courier" Euren Freunden und Nachbarn, die ihn noch nicht haben, unterstützt auch unseren Redakteur durch Einsendung von guten Neuigkeiten und Nachrichten aus deutschen Kreisen.

Hoffend, für diesmal keine Fehlbitte getan zu haben, begrüßen wir alle unsere Leser aufs freundlichste und verbleiben

The Sask. Courier Publ. Co., Ltd.
per Fritz Bringmann, Manager.

England entrüstet sich.

London, 5. Februar. — In England wächst mit Macht die Entrüstung über die Bestrafung des Londoner Anwalts Bertrand Stewart, der vom Reichsgericht in Leipzig wegen Spionage zu dreieinhalb Jahren Festung verurteilt worden ist. Stewart's Prozessierung hatte fünf Tage gedauert, und bei Verkündung des Urteils hatte er mit Lebhaftigkeit erklärt, er sei unschuldig und wünsche, daß jedermann in England dies erfahre.

Man empfiehlt die Organisierung einer Boykottbewegung unter britischen Touristen gegen alle deutschen Erholungsorte zum Protest gegen ein Verfahren, das von den Zeitungen fast allgemein als „ein juristischer Skandal" und „eine grobe Verirrung der Justiz" bezeichnet wird.

Der Groll gegen die Deutschen, der sich neuerdings etwas gelegt hatte, ist jetzt erbitterter, denn je, geworden.

Gemeinsame Aktion.

Berlin, 5. Februar. — Unterhandlungen zwischen den Großmächten sind im Sinne eines Einvernehmens über die Stellungnahme zur Situation in China auf Anregung der Vereinigten Staaten im Gange.

Wie man vermutet, sind die Regierungen bemüht, ein allgemeines Abkommen zu erzielen, laut welchem sie sich verpflichten, nur dann irgend welche Schritte in China zu tun, wenn sämtliche beteiligten Mächte zusammengehen.

Der neue deutsche Reichstag.

Der ruhige, sachliche Ton der Thronrede, mit welcher Kaiser Wilhelm den neugewählten Reichstag eröffnet hat, wird den Draufgängern eine nicht geringe Enttäuschung bereiten. Der Mangel an jedweder Anspielung auf die zweifellos große Spannung zwischen Deutschland und England, die fehlende Angabe des Inhalts der neuen Wehrvorlagen, der nicht erfolgte Aufschluß über die Frage der Kostendeckung und die Ignorierung verschiedener schwebender internationaler Fragen werden der gewerbsmäßigen Kritik und den unentwegten Gegnern des Regierungskurses hinreichenden Stoff zu Auseinandersetzungen liefern. Aber, im Grunde genommen, dürfte in der sich darbietenden heiklen Situation die Thronrede grade das Richtige getroffen haben. Sie wird vor allem einer weiteren Verärgerung der Parteien, die neuerdings einen überaus bedenklichen Grad erreicht hat, nicht den geringsten Vorschub leisten.

Die Regierung hat mit einer überaus verzwickten Lage im Parlament zu rechnen, und von diesem Gesichtspunkt aus wird auch die Fassung der Thronrede erst recht verständlich. Den sogenannten entscheidenden Ruck nach Links, den die Widersacher des schwarz-blauen Blocks aus dem jüngsten Wahlergebnis herausgerechnet haben, in Ehren, aber es ist trotzdem keine feste parlamentarische Mehrheit der bisherigen Opposition vorhanden, und von Fall zu Fall wird in dem neuen Reichstag fortgewurstelt werden müssen. Das entspricht so vollkommen der Zerklüftung der Parteiverhältnisse im Deutschen Reich, welche einer wirklichen Gesundung des politischen Lebens überhaupt entgegensteht, daß man sich nicht sonderlich darüber zu wundern braucht.

Die Regierung muß mit dem Reichstag rechnen, der aus der Wahlurne hervorgegangen ist. Da eine feste Mehrheit nicht vorhanden ist, muß sie bei jeder einzelnen Vorlage an deren Annahme ihr gelegen, der nicht grade sehr erbaulichen Notwendigkeit sich fügen, die zum Teil recht unangenehmen Stimmen zu beschaffen. Für die sogenannten nationalen Fragen, insonderheit für die der Landesverteidigung, wird die Regierung unter den obwaltenden Verhältnissen unschwer eine Mehrheit finden, wenn sie es vermeidet, übertriebene Anforderungen an den Reichstag zu stellen. Letzteres wird nicht geschehen, wenn es mit den bisher erfolgten diesbezüglichen Veröffentlichungen seine Richtigkeit gehabt hat. Was z. B. die neuen Flottenforderungen anbelangt, so bewegen sie sich gänzlich im Rahmen des bestehenden Gesetzes. Es handelt sich in Wahrheit nur um die Durchführung der soweit noch nicht verwirklichten Bestimmungen des Flottengesetzes und um den Ausbau der Unterseebootflotille.

So trocken und geschäftsmäßig der Inhalt der Thronrede auch erscheint, dürfte schon der nächste Verlauf der Tagung des neuen Reichstags an Lebhaftigkeit nichts zu wünschen übrig lassen. Dafür wird in erster Linie die unausbleibliche Nachlese der jüngsten Wahlereignisse sorgen, dann aber die Anwesenheit der einhundertzehn Sozialdemokraten. Wird die Sozialdemokratie endlich positiv Mitarbeit leisten? Das ist eine Frage, die von ausschlagender Bedeutung auch für die Daseinsdauer des neuen Parlaments ist. Alles in Allem, ist die Position der Regierung nicht so schlecht und die daraus erwachsene Zuversicht spiegelt sich auch in der Thronrede wider, deren vorsichtige Fassung ein gut Teil staatsmännischer Einsicht offenbart.

England's Ein- und Ausfuhr.

London, 7. Februar. — Der Januar-Bericht des Handels-Amts weist Zunahmen um $21,545,000 in den Importen und $13,429,500 in den Exporten auf.

Die Einfuhr von Nährstoffen, Rohmaterialien und fabrizierten Waren war um $35,000,000 gestiegen, doch war in Baumwolle ein Rückgang von $15,000,000 zu verzeichnen. In der Ausfuhr war die Zunahme vornehmlich in fabrizierten Waren zu verzeichnen.

Dokumente gestohlen.

Genf, 7. Februar. — Einem Attaché der deutschen Botschaft in Rom ist bei der Fahrt im Expreßzug Rom-Berlin, der in Goschenen anhält, ein Depeschen-Köfchen mit wichtigen Dokumenten gestohlen worden.

Sämtliche Passagiere, unter denen sich auch einige Amerikaner befanden, wurden sich einem scharfen Verhör und einer Durchsuchung ihres Gepäcks unterziehen, ohne daß jedoch etwas über den Verbleib der Dokumente festgestellt werden konnte.

Amerika und Deutschland in China.

Ueber dem vom Blut der Revolution getränkten Boden des chinesischen Reichs schweben bereits, der Beute gierig und sicher auf den Fraß, die Geier: Rußland, England, Japan und Frankreich. Worauf sie es abgesehen haben, wird immer deutlicher; das Schicksal, welches Marokko und Persien befallen, soll auch China bestimmt werden. Rußland hat es auf die Mongolei und Chinesisch-Turkestan abgesehen, England auf Tibet, Japan auf die südliche Mandschurei, und für Frankreich wird, vielleicht im südlichen Grenzland Yunnan, auch etwas abfallen. Die Außenländer sollen von China amputiert werden.

Mit dem Protektorat über die Mongolei rückt Rußland Peking nahe, mit dem über Turkestan wird es der unmittelbare Nachbar Englands, nachdem dieses sich in Tibet festgesetzt. Die Tradition der britischen Politik ist, unter keinen Umständen eine gemeinsame Landgrenze mit Rußland entstehen zu lassen. Mit dieser Tradition soll heute gebrochen werden, wie dies mit dem britisch-russischen Kondominium in Persien geschehen ist. Die Nachbarschaft und der Wettbewerb können unangenehme Folgen für England haben. Aber die heutige Politik des Sir Edward Grey und seiner Umgebung überhebt alle Bedenken und Gefahren unter dem einzigen Gesichtspunkt, Deutschland in der Bewegung zu hindern. Unter diesen Gesichtspunkt ist Persien gerückt, und das Opfer solcher neuen britischen Weltpolitik soll nun China werden.

Diese Art, Weltgeschichte mit der Aufopferung und Gefährdung eigener Interessen zu machen, stoße nachgerade in England selbst auf heftigen Widerstand. So auf der der „Daily News", des Organs des linken und mächtigen Flügels der liberalen Regierung. Das Londoner Blatt schreibt: „Niemand wagt zu behaupten, daß irgend jemand in England die Vernichtung Persiens oder die Zerstückelung Chinas an sich für gut hält. Allgemein gesteht man ein, daß dies verderbliche Dinge sind, aber die wenigen Anhänger Sir Edward Greys suggerieren, daß dies eben Teile des Preises für ein größeres Gut seien. Was ist dieses größere Gute? Der Schlüssel zu Grey's Politik ist der fatale Antagonismus gegen Deutschland. Hier und hier allein liegt die Wurzel unserer Demütigung und unserer Impotenz."

Eine Berliner Kabel-Depesche enthält eine Besprechung der Lage in China, wie sie in Deutschland aufgefaßt wird. Auch in dieser Depesche wird die Gefahr eines allgemeinen Grabschens nach den Außenländern Chinas betont. Zugleich wird ein Zusammengehen Deutschlands und der Vereinigten Staaten empfohlen, um die, mit so vielen Eiden bekräftigte und vertragsmäßig verbriefte Integrität des Reichs der Mitte aufrecht zu erhalten. Im Berliner Auswärtigen Amt weiß man von einer solchen Idee nichts. Aber die Tatsachen, die Erwägung der gemeinsamen Interessen und die Gewalt der logischen Entwicklung weisen auf ein solches Zusammenstehen und Zusammengehen Amerikas und Deutschlands hin.

Die Vereinigten Staaten und Deutschland vereint könnten die Geier scheuchen und verhindern, daß sie die schon erspähte Beute in die Krallen bekommen.

Intrigue gegen Asquith.

London, 8. Februar. — Der „Standard" bringt eine Meldung von angeblichen ernsten Meinungsverschiedenheiten im britischen Kabinett und von einer Intrigue, den Premierminister Asquith zu stürzen und den jetzigen Schatzkanzler David Lloyd George in dessen Stelle zu bringen.

Schatzkanzler David Lloyd George hatte am 3. Februar im Liberalen Club der Stadt London Gelegenheit genommen, zu erklären, Gerüchte von einer Spaltung im britischen Kabinett seien völlig unbegründet. Außerdem hatte er versichert, die angebliche Fehde zwischen ihm und Premier Asquith seien eine Fabel.

Hochwasser in Spanien und Portugal.

Madrid, 7. Februar. — Ausgedehnte Ueberschwemmungen werden aus den südlichen Provinzen Spaniens gemeldet. In den Landbezirken ist der Schaden und das Elend der Bewohner infolge des Hochwassers besonders groß.

Am schlimmsten sind Sevilla und Cordova getroffen, wo der Guadalquivir aus den Ufern getreten ist, und noch wird ein Steigen des Wassers bis auf 30 Fuß über den normalen Stand vorausgesagt.

Lissabon, 7. Febr. — Schlimme Ueberschwemmungen verwüsten verschiedene Teile von Portugal.

Viele Orte sind von jedem Verkehr abgeschnitten, und die Bevölkerung hat schwer zu leiden.